

Geodateninfrastruktur für Europa

Mit der Richtlinie 2007/2/EG zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INrastructure for SPatial InfoRmation in Europe, INSPIRE) werden alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, Geodaten interoperabel mittels standardbasierter Webservices (Dienste) zur breiten Nutzung bereitzustellen.

Darüber hinaus sieht die Richtlinie die Einrichtung einer nationalen Anlaufstelle vor. Diese soll in der Lage sein, die fach- und ebenenübergreifende Bereitstellung von Geodaten im Mitgliedsland zu koordinieren und darüber regelmäßig gegenüber der Kommission Rechenschaft abzulegen.

Die GDI-DE trägt den technischen und organisatorischen Anforderungen Rechnung, die sich aus INSPIRE ergeben und ermöglicht die Erfüllung der durch die Richtlinie begründeten Verpflichtungen.

Die aktuellen Gesetzesvorlagen von Bund und Ländern zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht stützen sich auf die Strukturen von GDI-DE. Dabei soll insbesondere das LG GDI-DE mit seiner KSt. die Aufgabe der nationalen Anlaufstelle übernehmen.

Weitere Informationen:

www.gdi-de.org

<http://inspire.jrc.it>

Mehr Informationen?

Ausführliche und aktuelle Informationen erhalten Sie direkt von der Europäischen Kommission in englischer Sprache unter: www.ec-gis.org/inspire/

Informationen in deutscher Sprache finden sich u.a. unter www.gdi-de.org

Kontakt:

Koordinierungsstelle GDI-DE®

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Richard-Strauss-Allee 11

D – 60598 Frankfurt am Main

Telefon: +49(0) 69 -63 33 258

Fax: +49(0) 69 -63 33 446

E-Mail: mail@gdi-de.org

www.gdi-de.org

Geschäftsstelle der GIW-Kommission

Bundesanstalt für Geowissenschaften

und Rohstoffe

Stilleweg 2

30655 Hannover

Telefon: 0511 - 643 - 3000

Telefax: 0511 - 643 - 2995

E-Mail: giw@bgr.de

www.geoinformationswirtschaft.de



Geodateninfrastruktur Deutschland



Initiative GDI-DE
Bund, Länder und Kommunen
für den Aufbau einer
länder- und ressortübergreifenden
Geodateninfrastruktur
Deutschland

www.gdi-de.org

Motivation und Auftrag GDI-DE

Kombinierte Rauminformationen (Geodaten) aus unterschiedlichen fachlichen und administrativen Quellen werden von Politik, Wirtschaft und Verwaltung als elementare Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen benötigt. Wichtige Bereiche sind u.a. Umweltschutz, Sicherung des Grundeigentums, Verteidigung, Sicherheit, Raumplanung, Bodenordnung, Verkehrslenkung, Zivilschutz, Versicherungswesen, Gesundheitsvorsorge, Land- und Forstwirtschaft, Versorgung und Entsorgung sowie Bürgerbeteiligung an Verwaltungsentscheidungen. Verfügbarkeit, Qualität, Organisation und Zugänglichkeit harmonisierter Geodaten müssen deshalb im Rahmen des E-Government weiter verbessert werden.

Die Chefs des Bundeskanzleramtes und der Staats- und Senatskanzleien der Länder haben mit Blick auf die Probleme bei der Bereitstellung von Geodaten am 27. November 2003 den gemeinsamen Aufbau der Geodateninfrastruktur (GDI-DE) beschlossen und den Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern gebeten, dieses Thema politisch zu begleiten.

Der Beschluss gibt den organisatorischen Rahmen vor und umfasst u.a.:

- ⇒ die Einrichtung eines Lenkungsgremiums GDI-DE,
- ⇒ die Einrichtung einer Koordinierungsstelle GDI-DE sowie
- ⇒ eines Beratungsgremiums mit Vertretern aus der freien Wirtschaft
(Kommission für Geoinformationswirtschaft, <http://www.geoinformationswirtschaft.de>).

Grenz- und ebenenübergreifende Organisation

Das LG GDI-DE setzt sich zusammen aus Vertretern von

- ⇒ Bund,
- ⇒ Ländern und
- ⇒ Kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund)

Beschlüsse des LG werden einstimmig gefasst. Sie werden zuvor fachübergreifend in den betroffenen Ressorts der Bundes- und Länderverwaltungen und mit den Kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Sie sind somit auf breiter Basis akzeptiert. Die Entscheidungen des Lenkungsgremiums binden die Bundes- und Landesverwaltungen.

Die KSt. GDI-DE arbeitet in einem organisatorischen Netzwerk. Hierzu gehören u.a. Ansprechpartner bei Bund, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden sowie fachliche Arbeitskreise. Die KSt. GDI-DE soll zusammen mit den verantwortlichen Trägern der öffentlichen Verwaltung (Datenerheber, -bereitsteller, -verarbeiter) die Koordinierungsaufgaben und den Geschäftsbetrieb des Lenkungsgremiums gewährleisten.

Mit Blick auf den interdisziplinären, Verwaltungsebenen und Verwaltungszweige übergreifenden Charakter der Aufgaben verspricht die Anbindung der GDI-DE an die E-Government-Staatssekretärsrunde eine erhebliche Förderung der Nutzung von Geodaten.

Ziele und Aufgaben

Mit dem Aufbau der GDI-DE soll die Verfügbarkeit von vernetzten Geodaten und -informationen allgemein verbessert werden. Dies fördert die Effizienz der öffentlichen Verwaltung und erleichtert den Zugang zu öffentlichen Geodaten für Wirtschaft und Bürger.

Erste Ergebnisse

Praktisch werden im Rahmen der GDI-DE organisatorische und technische Regelungen zu Geodaten, Metadaten und webbasierten Geodiensten sowie Vereinbarungen betreffend Nutzungs- und Abrechnungskonzepten erarbeitet und verabschiedet. Ein wichtiger Meilenstein in diesem Kontext ist das von Bund, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden beschlossene Architekturkonzept der GDI-DE im Rahmen des E-Government in Deutschland.

(Download Version 1.0: http://www.gdi-de.org/de/download/GDI_ArchitekturKonzept_V1.pdf).

Daneben werden in der GDI-DE interoperable Geodienste und -portale mit unmittelbarem Nutzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung miteinander vernetzt. Die KSt. GDI-DE koordiniert in diesem Prozess die fachlich verantwortlichen Stellen bei Bund, Ländern und Kommunen. Ein Beispiel für diese praktische Arbeit liefert die ebenenübergreifende Bereitstellung von Schutzgebietsinformationen über interoperable Geodienste über das Geoportal.Bund (www.geoportal.bund.de, Modellprojekt Schutzgebietsinformationen). Alle Regelungen und Projekte in der GDI-DE bauen auf den allgemeinen Vorgaben des E-Government (z.B. Standards und Architekturen für E-Government, SAGA) und internationaler Standardisierungsgremien (u.a. International Organisation for Standardisation, ISO, und Open Geospatial Consortium, OGC) auf.